

Studien
zu Staat, Recht und Verwaltung

29

Julia Hauk

Die Pflicht zum Schulbesuch

Zur Frage nach einem Recht auf Homeschooling
unter Berücksichtigung grundrechtlicher Freiheiten
von Eltern und Schülern



Nomos

Studien zu Staat, Recht und Verwaltung

Herausgegeben von
Prof. Dr. Gabriele Britz
Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem
Prof. Dr. Jens-Peter Schneider

Band 29

Julia Hauk

Die Pflicht zum Schulbesuch

Zur Frage nach einem Recht auf Homeschooling
unter Berücksichtigung grundrechtlicher Freiheiten
von Eltern und Schülern



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6349-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-0456-4 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2019 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Für die Drucklegung wurde sie geringfügig überarbeitet und aktualisiert, wobei Rechtsprechung und Literatur bis Oktober 2019 berücksichtigt werden konnten.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. hc. Stefan Muckel, danke ich herzlich für die großartige Betreuung meiner Arbeit. Stets hat er sich für mich Zeit genommen und mir mit Rat und Tat, aber auch mit Humor, zur Seite gestanden. Herrn Professor Dr. von Coelln bin ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und seine hilfreichen Anmerkungen dankbar.

Ich hatte das große Glück, bei meinem Doktorvater im damaligen Institut für Kirchenrecht und rheinische Kirchenrechtsgeschichte (dem heutigen Institut für Religionsrecht) der Universität zu Köln als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig zu sein. Dort durfte ich mit vielen überaus liebenswerten Kollegen und Kolleginnen zusammenarbeiten. Ohne die vielen inspirierenden Gespräche und netten Pläusche im Flur, in den Büroräumen oder in der Cafeteria wäre meine Promotionszeit nur halb so schön gewesen.

Bei der Erstellung dieser Arbeit habe ich viel Unterstützung im Freundes- und Familienkreis erfahren. Eine abschließende Aufzählung aller, die mich auf diesem Weg begleitet haben, ist nicht möglich. Stellvertretend für viele seien Maren Bömler, Annika Gerigk, Andrea Struwe, Lena Hammel, Mehrnusch Anssari, Raphael Wenzel, Manuel Schwarz, Tim von der Heide und Miron Jannusch genannt, denen ich für ihre Korrekturen danken möchte. Ganz besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang Uwe Müller, der einen Großteil meiner Arbeit auf Rechtschreib- und Grammatikfehler hin überprüft hat. Marek Sernecki bin ich für seine kritischen und konstruktiven Anmerkungen außerordentlich dankbar. Meinen besonders großen Dank möchte ich Dorsa Moinipour aussprechen – und das nicht nur für ihre hilfreichen Korrekturarbeiten. Unzählige Frühstücks-, Mittags- und Kaffeepausen, Spaziergänge und Weinabende hat sie damit verbracht, mir ein offenes Ohr zu leihen, gute Ratschläge zu erteilen und Mut zuzusprechen.

Vorwort

Der allergrößte Dank gilt jedoch Alexander Rohn, meiner großen Liebe. Vorbehaltlos und unermüdlich hat er mich bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt – und das, obwohl er selbst für sie häufig zurückstecken musste. Endlose Stunden – oft bis spät in die Nacht hinein – hat er damit zugebracht, meinen Gedankengängen zu folgen, sie kritisch zu hinterfragen und mir hilfreiche Anregungen mitzugeben. Von den ersten Anfängen dieser Arbeit bis zu ihrem Ende stand er mir geduldig und liebevoll zur Seite.

Widmen möchte ich diese Arbeit meinen lieben Eltern. Der rege, kluge Verstand meines Vaters und das große, weise Herz meiner Mutter boten mir mein Leben lang Inspiration und Halt zugleich. Für ihre bedingungslose Liebe und Unterstützung bin ich so dankbar, dass ich es nicht in Worte fassen kann.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
A. Einleitung	27
B. Die Homeschooling-Bewegung in Deutschland	30
C. Einfachgesetzliche Anknüpfungspunkte für ein Recht auf Homeschooling	36
I. Anordnung der allgemeinen Schulpflicht im Landesrecht	36
II. Keine Genehmigung des Homeschooling als Privatschule	38
1. Traditioneller und funktionaler Schulbegriff	39
2. Historische Auslegung des Art. 7 GG	40
3. Fazit: Keine Gleichsetzung von Schule und Privatunterricht	42
III. Voraussetzungen für die Gestattung des häuslichen Privatunterrichts nach einfachem Recht	42
1. Notwendigkeit einer eigenständigen gesetzlichen Regelung	43
2. Bundesländer mit Regelungen zur Gestattung des häuslichen Privatunterrichts	44
a) Voraussetzungen für einen Anspruch auf Gestattung des häuslichen Unterrichts	47
b) Tatbestandliche Voraussetzungen der Ausnahme- und Befreiungsvorschriften	47
c) Notwendigkeit einer Ermessungsreduzierung auf Null	49
d) Zwischenbetrachtung: Kein Anspruch auf Gestattung von Privatunterricht	51
3. Bundesländer ohne Regelungen zur Gestattung des häuslichen Privatunterrichts	51
IV. Zusammenfassung und Ausblick: In der Praxis ausnahmslose Geltung und Durchsetzung der Schulpflicht	55

Inhaltsverzeichnis

D. Verfassungsrechtliche Beurteilung der Schulpflicht	56
I. Gang der Untersuchung	56
II. Der staatliche Bildungs- und Erziehungsauftrag	56
1. Umfang: Wissens- und Wertevermittlung	58
a) Art. 7 Abs. 1 GG im Verständnis der herrschenden Auffassung: eigenständiges Mandat zur Erziehung	58
b) Kritik in der Literatur: Bloßer Bildungsauftrag des Staates	59
c) Unmöglichkeit der Trennung zwischen Bildung und Erziehung	60
d) Zwischenbetrachtung: Unvermeidbare Werthaltigkeit des Schulunterrichts	63
2. Herleitung des Erziehungsauftrags	64
a) Historische Auslegung des Art. 7 Abs. 1 GG	64
aa) Die Schulaufsicht im preußischen Schulrecht und in der Weimarer Republik	64
bb) Einführung der Schulaufsicht in das Grundgesetz als Anknüpfung an das historische Begriffsverständnis	67
cc) Zur Kritik am Vergleich mit der WRV	68
dd) Keine bloße Absage an die Kirchengemeinschaft in Art. 7 Abs. 1 GG	73
ee) Zwischenfazit: Schulaufsicht als umfassende Schulhoheit	74
b) Systematische Auslegung des Art. 7 Abs. 1 GG	74
c) Übereinstimmung mit anderen Verfassungsbestimmungen und -werten	77
aa) Der staatliche Erziehungsauftrag im Einklang mit den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie	78
(1) Die Systemneutralität eines staatlichen Erziehungsauftrags	78
(2) Der Erziehungsauftrag als förderliches Element eines freiheitlich-demokratischen Staates	79
(a) Die Demokratisierungsfunktion des staatlichen Erziehungsauftrags	80
(b) Die Integrationsfunktion des staatlichen Erziehungsauftrags	81

(aa)	Integration im Sinne Smends: Lebensäußerung des Staates	82
(bb)	Integration als Existenzgrundlage des Staates im Verständnis der Smend-Schule	83
(cc)	Integration als Existenzgrundlage des Staates außerhalb des Verständnisses der Smend-Schule	85
(dd)	Zwischenbetrachtung: Integration des Gemeinwesens zur Sicherstellung staatlicher Einheit	88
(c)	Demokratisierungs- und Integrationsfunktion als legitimes Anliegen	89
(3)	Zwischenfazit: Der staatliche Erziehungsauftrag im Einklang mit der freiheitlichen Demokratie des Grundgesetzes	90
bb)	Der staatliche Erziehungsauftrag im Interesse der Schüler	90
cc)	Der staatliche Erziehungsauftrag in Koexistenz mit dem Elternrecht	92
dd)	Zwischenfazit: Der staatliche Erziehungsauftrag in Übereinstimmung mit anderen Verfassungsbestimmungen und -werten	93
III.	Die Schulpflicht als Mittel zur Durchsetzung des Erziehungsauftrags	94
1.	Zur Verhältnismäßigkeit der Schulpflicht	95
a)	Die Schule im Verständnis des Bundesverfassungsgerichts: Eine Stätte der Sozialisation und der Integration	95
b)	Zur Notwendigkeit einer Verhältnismäßigkeitsprüfung	98
2.	Herleitung der Schulpflicht aus Art. 7 GG	100
a)	Umkehrschluss aus Art. 7 Abs. 2 GG	100
b)	Umkehrschluss aus Art. 7 Abs. 4 GG	103
c)	Genetische Auslegung des Art. 7 GG	106
d)	Zwischenbetrachtung: Legitimation der Schulpflicht aus Art. 7 GG	110

Inhaltsverzeichnis

e) Mögliche Neubewertung im Wege eines Verfassungswandels	110
aa) Generelle Möglichkeit und Voraussetzung eines Verfassungswandels	111
bb) Annahme eines Verfassungswandels in Abhängigkeit von den sachlichen Gründen für die Schulpflicht	114
(1) Vermittlung kognitiver Fähigkeiten	115
(2) Sozialisationsfunktion der Schule	115
(3) Wertbezogene Erziehung zu Demokratie und Integration	117
(a) Integrations- und Demokratisierungsfunktion zur Begründung der Schulpflicht	118
(aa) Zur Kritik an der Unfreiheitlichkeit der Integrations- und Demokratisierungsfunktion	119
(bb) Zur Kritik an der Integrationsfunktion mit Blick auf die Aufteilung des Sekundarschulwesens	121
(cc) Zur Kritik an der Integrationsfunktion mit Blick auf die Privatschulgarantie	122
(dd) Zum Verweis auf andere demokratische Staaten ohne bestehende Schulpflicht	124
(ee) Zwischenbetrachtung: Integrations- und Demokratisierungsfunktion als sachlicher Grund für die Schulpflicht	124
(b) Zum Vorwurf der unzureichenden Integrationswirkung des aktuellen Schulsystems	125
cc) Zwischenfazit: Kein Verfassungswandel	127
f) Keine Notwendigkeit einer expliziten verfassungsrechtlichen Anordnung	127
3. Fazit: Implizite Anerkennung der Schulpflicht in Art. 7 GG	128

IV. Die deutsche Schulpflicht im Lichte des Völkerrechts	129
1. Die Schulpflicht im Lichte des EMRK ZP I	131
a) Vereinbarkeit der Schulpflicht mit dem Bildungsrecht aus Art. 2 Satz 1 EMRK ZP I	131
b) Vereinbarkeit der Schulpflicht mit dem Recht der Eltern aus Art. 2 Satz 2 EMRK ZP I	132
aa) Achtenswerte Überzeugung i. S. d. Art. 2 Satz 2 EMRK ZP I	133
bb) Keine unverhältnismäßige Einschränkung des elterlichen Achtungsanspruchs	135
c) Zwischenbetrachtung: Schulpflicht in Übereinstimmung mit Art. 2 EMRK ZP I	139
2. Vereinbarkeit der Schulpflicht mit dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	139
3. Vereinbarkeit der Schulpflicht mit der UN-Konvention über die Rechte des Kindes	144
4. Fazit: Völkerrechtskonformität der Schulpflicht	146
V. Die allgemeine Schulpflicht im Lichte der Grundrechte von Eltern und Kindern	146
1. Dogmatische Vorüberlegung: Auswirkungen der Legitimation der Schulpflicht in Art. 7 GG auf die grundrechtliche Prüfung	146
2. Mögliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Schulpflicht	148
a) Schulzwang	148
b) Zwangsmaßnahmen gegenüber den Eltern	149
aa) Ermächtigungsgrundlagen für die Verhängung von Zwangsmaßnahmen	149
bb) Ermächtigungsgrundlagen für die zu vollstreckende Handlungsverfügung	151
c) Zwischenfazit: Möglichkeit von Zwangsmaßnahmen gegenüber Schülern und Eltern	154
3. Die Schulpflicht und die Grundrechte der Eltern	155
a) Das elterliche Erziehungsrecht aus Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG	155
aa) Das Elternrecht als negatorisches Eigenrecht	156
bb) Reichweite des Elternrechts: Erstreckung auf den Schulbereich	159
(1) Teleologische Auslegung des Art. 6 Abs. 2 GG	160

Inhaltsverzeichnis

	(2) Genetische Auslegung des Art. 6 Abs. 2 GG	161
cc)	Keine Kindeswohlgefährdung durch Homeschooling	163
dd)	Zwischenbetrachtung: Schutz des Homeschooling durch das Elternrecht	165
ee)	Schulpflicht als Eingriff in das elterliche Erziehungsrecht	165
	(1) Eingriff durch Einschränkung der eigenen Erziehungstätigkeit und seine Rechtfertigung	166
	(2) Eingriff durch unerwünschte Fremdeinwirkung und seine Rechtfertigung	168
	(3) Eingriff durch Pflicht zur Erziehungsmaßnahme und seine Rechtfertigung	171
ff)	Zusammenfassung: Kein Recht auf Homeschooling unter Berufung auf das Elternrecht	175
b)	Besondere Grundrechte religiös motivierter Eltern	176
aa)	Zum Recht auf religiöse Kindererziehung	177
	(1) Kein eigenständiges Grundrecht aus Art. 6 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	177
	(2) Zur Verstärkung des Elternrechts durch die Religionsfreiheit	179
	(a) Keine Schutzbereichsverstärkung durch den objektiven Gehalt der Religionsfreiheit	180
	(b) Kein Abwägungsverbund mehrerer einschlägiger Abwehrrechte	181
	(3) Zwischenbetrachtung: Weder eigenes Grundrecht noch Verstärkungswirkung	183
bb)	Anknüpfungspunkte für einen Eingriff in die Garantien religiöser Freiheiten	184
	(1) Kein Schutz vor unerwünschter geistiger Prägung der Kinder	185
	(2) Kein Recht auf häusliche Unterrichtung aus Art. 4 Abs. 2 GG	188

(3) Die Schulpflicht als Problem der Bekenntnisfreiheit	189
(a) Ausübung der Bekenntnisfreiheit in Abhängigkeit von der Religionsmündigkeit der Kinder	189
(b) Kein Eingriff in die Bekenntnisfreiheit	191
(aa) Die Lehre vom Schutzzweck als einschränkendes Kriterium in der Eingriffsdogmatik	192
(bb) Der Schutzzweck der Bekenntnisfreiheit	194
(4) Die Inpflichtnahme der Eltern als Einschränkung der freien Religionsausübung	195
(a) Konkurrenzverhältnis zwischen dem Elternrecht und der Freiheit der Religionsausübung	197
(aa) Kein pauschales Vorrangverhältnis	197
(bb) Einzelfallbezogene Vorgehensweise: Verdrängung der Religionsausübungsfreiheit	199
(b) Exkurs: Rechtfertigung des Eingriffs in die Freiheit der Religionsausübung	200
cc) Zusammenfassung: Kein zusätzlicher Schutz aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	202
c) Die Gewissensfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 Var. 2 GG	202
aa) Kein Recht zur Fremdbestimmung aus Art. 4 Abs. 1 Var. 2 GG	203
bb) Die Inpflichtnahme der Eltern als Einschränkung der Gewissensfreiheit	204
cc) Verdrängung der Gewissensfreiheit durch das Elternrecht	206
dd) Exkurs: Rechtfertigung des Eingriffs in die Gewissensfreiheit	207
ee) Zusammenfassung: Kein zusätzlicher Schutz aus Art. 4 Abs. 1 Var. 2 GG	208

Inhaltsverzeichnis

4. Die Schulpflicht und die Grundrechte der Schüler	208
a) Die allgemeine Handlungsfreiheit aus Art. 2 Abs. 1 GG	209
aa) Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit durch die Anordnung der Schulpflicht	211
bb) Ausgestaltung und Einzelfallprüfung der Schulpflicht im Lichte der allgemeinen Handlungsfreiheit	213
(1) Qualitative Vorgaben an den Schulunterricht	214
(2) Keine Pflicht zum Schulbesuch bei Krankheit	217
(3) Keine Schulpflicht für Erwachsene	217
(4) Schulpflicht trotz schwindender Erziehungsbedürftigkeit	219
b) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	222
aa) Beeinflussungsschutz aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht im Verständnis des Bundesverfassungsgerichts und der Lehre	223
bb) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Recht auf nicht gelenkte Persönlichkeitsentwicklung	226
(1) Kein genereller Einwirkungsschutz	227
(2) Beeinflussungsschutz aus der Menschenwürdegarantie	228
(3) Beeinflussungsschutz aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	229
(4) Keine Begrenzung auf einen etwaigen Indoktrinationsschutz	230
(5) Zwischenbetrachtung: Schutz vor gezielter Einflussnahme	231
cc) Die Schulpflicht im Spannungsfeld mit dem Recht auf nicht gelenkte Persönlichkeitsentwicklung	231
dd) Abgrenzung zur sog. negativen Informationsfreiheit	233
ee) Bloße Gefährdung als Eingriff in das Recht auf nicht gelenkte Persönlichkeitsentwicklung	235
ff) Pflicht zum Schulbesuch als Eingriff in das Recht auf nicht gelenkte Persönlichkeitsentwicklung	237

gg)	Ausgestaltung der Schulpflicht im Lichte des Rechts auf nichtgelenkte Persönlichkeitsentwicklung	238
c)	Die Freiheit der Person aus Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG	239
aa)	Die Schulpflicht als Problem der Freiheit der Person i. S. e. Verhaltensfreiheit	241
	(1) Die Schulpflicht als Eingriff	243
	(a) Unbeachtlichkeit der physischen Wirkung	243
	(b) Unbeachtlichkeit der Zweckrichtung	247
	(2) Kein Widerspruch zum Schutzzweck der Freiheit der Person	248
	(3) Zwischenfazit: Die Schulpflicht als Eingriff in Freiheit der Person i. S. e. Verhaltensfreiheit	249
bb)	Die Schulpflicht als Problem der Freiheit der Person i. S. e. negatorisches Schutzrechts	249
cc)	Zwischenbetrachtung: Schulpflicht als Eingriff in die Freiheit der Person unabhängig von der grundrechtstypischen Einordnung	254
dd)	Die Schulpflicht als bloße Freiheitsbeschränkung	255
ee)	Ausgestaltung und Einzelfallprüfung der Schulpflicht im Lichte der Freiheit der Person	256
	(1) Unverhältnismäßigkeit der Freiheitsbeschränkung wegen Mobblings in der Schule	257
	(2) Trotz Mobblings kein Recht auf Homeschooling	259
	(3) Zusammenfassung: Kein Recht auf Homeschooling unter Berufung auf die Freiheit der Person	260
	(4) Exkurs: Kein Anspruch des gemobbten Kindes auf Homeschooling aus dem Recht auf körperliche Unversehrtheit oder dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	261
d)	Grundrechte religiös motivierter Homeschooler	262
aa)	Kein Recht auf Erziehung entsprechend religiöser Überzeugung	262

Inhaltsverzeichnis

bb) Keine Befreiung von der Pflicht zum Schulbesuch aufgrund unerwünschter geistiger Einwirkungen	264
(1) Die religiös-weltanschauliche Selbstbestimmung als Schutzgut der Glaubensfreiheit	265
(2) Keine Fremdbestimmung in religiös-weltanschaulicher Hinsicht durch die Pflicht zum Schulbesuch	267
cc) Gerechtfertigte Einschränkung der Religionsausübung durch die Pflicht zum Schulbesuch	268
dd) Zusammenfassung: Kein Recht auf Homeschooling unter Berufung auf die Freiheiten aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	274
VI. Fazit: Zulässigkeit der Schulpflicht und kein Recht auf Homeschooling	274
E. Zusammenfassende Thesen	275
Literaturverzeichnis	281

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. F.	Alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEMR	Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Amtsgericht
ALR	Das Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
ASOG Bln	Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin in der Fassung vom 11. Oktober 2006
Az.	Aktenzeichen
Bay/bay	Bayern/bayerisch
Bay. Verf	Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998
Bay. VerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
Bay. VGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayEUG	Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000
bayLStVG	Bayerisches Gesetz über das Landesstrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1982
bayPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990

Abkürzungsverzeichnis

BaySchO	Schulordnung für schulartübergreifende Regelungen an Schulen in Bayern vom 1. Juli 2016
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bbg	Brandenburg
BbgOBG	Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden im Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996
BbgPolG	Gesetz über die Aufgaben, Befugnisse, Organisation und Zuständigkeit der Polizei im Land Brandenburg vom 19. März 1996
BbgSchulG	Gesetz über die Schulen im Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002
BbgVerf	Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BGBI. I	Bundesgesetzblatt, Teil I
BGBI. II	Bundesgesetzblatt, Teil II
BGH	Bundesgerichtshof
BK-GG	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
Bln	Berlin
bln SchulG	Schulgesetz für das Land Berlin vom 26. Januar 2004
Brem	Bremen
BremPolG	Bremisches Polizeigesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Dezember 2001
BremSchulG	Bremisches Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2005
BremUnterrichts- befreiungsVO	Unterrichtsbefreiungsverordnung für das Land Bremen
BremVerf	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21.10.1947
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht

BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW/bw	Baden-Württemberg/baden-württembergisch
bw PolG	Polizeigesetz des Landes Baden-Württemberg in der Fassung vom 13. Januar 1992
bw SchulG	Schulgesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. August 1983
bw Verf	Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DIJuF	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht
Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DP	Deutsche Partei
DR	Decisions and Reports, Sammlung der Entscheidungen der Europäischen Kommission für Menschenrechte
Drs.	Drucksache
DVBl.	Deutsche Verwaltungsblätter
e. V.	eingetragener Verein
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR-E	Deutschsprachige Sammlung von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EMRK ZP I	Erstes Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention
Entsch.	Entscheidung
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
Erstb.	Erstbearbeitung
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
f.	folgende Seite
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende Seiten

Abkürzungsverzeichnis

FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FS	Festschrift
FuR	Familie und Recht
GesR	GesundheitsRecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Charta der Grundrecht der europäischen Union
Grds.	grundsätzlich
GrSO	Schulordnung für die Grundschulen in Bayern vom 11. September 2008
GSO	Schulordnung für die Gymnasien in Bayern vom 23. Januar 2007
GV. NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
Hess	Hessen
HessVerf	Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946
Hmb	Hamburg
HmbSG	Hamburgisches Schulgesetz vom 16. April 1997
HmbSOG	Hamburgisches Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 14. März 1966
HmbVwVG	Hamburgisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz vom 4. Dezember 2012
Hrsg.	Herausgeber
HSchG	Hessisches Schulgesetz in der Fassung vom 1. August 2017
HSKR	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i. E.	im Ergebnis
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. e.	im Sinne einer/eines
i. S. v.	im Sinne von

IntKommEMRK	Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention
IPwsKR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966
JAmt	Das Jugendamt – Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
KG	Kammergericht
Kirche	Entscheidungen in Kirchensachen
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KRK	UN-Konvention über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
lit.	littera (Buchstabe)
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
LSA	Sachsen-Anhalt
MBL LSA	Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt
MK	Ministerium für Kultur
MMR	Multimedia und Recht
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
N. F.	neue Folge
Nds./nds.	Niedersachsen/niedersächsisch
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Nummer
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nos.	Nummern
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSchG	Niedersächsisches Schulgesetz in der Fassung vom 3. März 1998
NSOG	Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 19. Januar 2005
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Abkürzungsverzeichnis

NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Rechtsprechungs-Report
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
OBG NRW	Ordnungsbehördengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
POG RP	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz in der Fassung vom 10. November 1993
PolG NRW	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 2003
Preuß. Verf. von 1850	Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 (Preußische Gesetzsammlung S. 17)
R&B	Recht und Bildung
RdErl.	Runderlass
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RKEG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921
Rn.	Randnummer
RP	Rheinland-Pfalz
RSO	Schulordnung für die Realschulen in Bayern vom 18. Juli 2007
Rspr.	Rechtsprechung
Saarl	Saarland
saarl PolG	Saarländisches Polizeigesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. März 2001
saarl SchulpfG	Gesetz Nr. 826 über die Schulpflicht im Saarland vom 11. März 1966 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996
Sächs	sächsisch
sächs PolG	Polizeigesetz des Freistaates Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1999
sächs SchulG	Schulgesetz für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018
sächs Verf	Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992
SchulbesuchO	Schulbesuchsordnung

SchulG LSA	Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 2018
SchulG M-V	Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2010
SchulG NRW	Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 2005
SchulG RP	Schulgesetz für das Land Rheinland-Pfalz vom 30. März 2004
SchulO	Schulordnung
Sgl.	Sammlung (der Rechtsprechung des EuGH)
SH	Schleswig-Holstein
SH-LVwG	Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1992
SH-SchulG	Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz vom 24. Januar 2007
SH-Verf	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 2. Dezember 2014
SOG LSA	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 2014
SOG M-V	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2011
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
st.	ständig
SVBl.	Schulverwaltungsblatt
SVBl.	Schulverwaltungsblatt
Tgb.	Tagungsband
Thür	Thüringen
ThürOBG	Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden vom 18. Juni 1993
ThürPAG	Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei vom 4. Juni 1992
ThürSchulG	Thüringer Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003
ThürSchulO	Thüringer Schulordnung für die Grundschule, die Regelschule, die Gemeinschaftsschule, das Gymnasium und die Gesamtschule vom 20. Januar 1994
ThürVerf	Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen

Abkürzungsverzeichnis

Urt.	Urteil
v.	von/vom
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
Verf LSA	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992
Verf M-V	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993
Verf Nds	Niedersächsische Verfassung vom 19. Mai 1993
Verf NRW	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950
Verf.	Verfassung
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VGH BW	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
WSO	Schulordnung für die Wirtschaftsschulen in Bayern vom 30. Dezember 2009
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZfP	Zeitschrift für Politik
Ziff.	Ziffer
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik